

UVP-VERFAHREN IN ÖSTERREICH

Factsheet, Februar 2022

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (kurz UVP) ist ein effizientes gesetzliches Instrument zum Schutz der Umwelt. Nur eine UVP stellt sicher, dass bei den ganz großen Bauvorhaben (z.B. Autobahnen, Kraftwerke, Stromnetze, Abfalldeponien) die Umwelt und die Menschen nicht völlig unter die Räder kommen. Die UVP ermöglicht es den Betroffenen, auf Umweltprobleme im Zuge der Bauvorhaben aufmerksam zu machen und Lösungen dafür zu finden. Sie ist im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) geregelt, deren Grundlage eine EU-Richtlinie ist.

Nutzen

- UVP-Verfahren **schützen die Umwelt** und **stärken die Lebensqualität** der Bevölkerung. Durch die Zusammenschau verschiedener Gesetzesmaterien ermöglichen UVP-Verfahren die Berücksichtigung ökosystemarer Wechselwirkungen und tragen so zu einem höheren Schutzniveau bei.
- Durch die Öffentlichkeitsbeteiligung führen UVP-Verfahren auch zu einer **höheren Akzeptanz von Projekten** in Österreich und tragen zur **Qualitätssicherung** von Verfahren und Projekten bei.
- Weiters wird durch die UVP **Rechts- und Planungssicherheit** in vielfältigen und komplexen Materien in verhältnismäßig kurzer Zeit hergestellt.

Erfolgsfaktoren

Entgegen der weitverbreiteten Meinung funktionieren der Großteil der UVP-Verfahren, darunter auch Großprojekte, gut, rasch und zeichnen sich bei frühzeitiger Öffentlichkeitsbeteiligung durch eine hohe Qualität der oftmals sehr komplexen Bauvorhaben aus. Beispiele dafür sind etwa die Bahnstromanlage Koralm 2016 (Dauer: 6 Monate) oder der Hauptbahnhof Wien 2007/08 (drei Parallelverfahren Schiene/Städtebau/Straße; Dauer je 6-10 Monate). Auch im Bereich der Windkraft gibt es zahlreiche Positivbeispiele für rasche Genehmigungsverfahren wie etwa der größte burgenländische Windpark Andau 2010 (Dauer: 6 Monate), der Windpark Gattendorf 2012 (Dauer: 6 Monate) oder der Windpark Gols 2003 (Dauer: 3,5 Monate).

Erfolgsfaktoren¹ für gut funktionierende und rasche Verfahren sind vor allem:

- Frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit, Information und Dialog
- Vorgelagerte strategische Planungen (z.B. Konsens zu Standort)
- Hohe Projektqualität bei Antragsstellung
- Ausreichend Ressourcen und fachliche Kompetenz von Behörden und Sachverständigen
- Gute Verfahrensstruktur und Vorhersehbarkeit
- Gute Verfahrensführung und Engagement der Behörde
- Einheitliche Verfahrensgrundlagen und Genehmigungsstandards
- Kompromisse/Auflagen
- Ergebnisoffenheit und Nachkontrolle

Verbesserungsvorschläge

Um die Stärken von UVP-Verfahren zu nützen und die angeführten Erfolgsfaktoren zu institutionalisieren, hat ÖKOBÜRO einige Vorschläge entwickelt (siehe im Detail [ÖKOBÜRO Positionspapier](#)).

- **Mehr UVP-Verfahren.** Die Schwellenwerte müssen auf ein Niveau gesenkt werden, wie es in den meisten EU-Ländern üblich ist. So sollen etwa Wasserkraftanlagen ab einer Engpassleitung ab 4 MW statt 15 MW einer UVP unterliegen.
- **Verfahren müssen fairer und besser werden.** Dafür braucht es vor allem legislative Anpassungen der Rechtsgrundlage - im Bereich der Verfahrenskumulation bis hin zum Verfahrensablauf (z.B. Vorliegen eines aktuellen Zeitplanes, Durchführung mündlicher Verhandlung erst bei rechtzeitigem Vorliegen aller Unterlagen) und der Auswahl von Sachverständigen.
- **Verbesserung der Phase des Projektantrags.** Unvollständige Projektunterlagen sind der Hauptgrund für Verfahrensverzögerungen. Die effektive Miteinbeziehung betroffener Umweltstellen und eine automatische Zurückweisung eines Projektes bei zu langer Dauer von Vollständigkeitsprüfungen sollen helfen, dass Unterlagen möglichst vollständig eingereicht, und Verfahren nicht unnötig verzögert werden. Außerdem sollte dem Vorverfahren eine größere Bedeutung eingeräumt werden, um vollständige und qualitativ hochwertige Antragsunterlagen zu fördern.
- **Mehr Partizipation.** Eine umfassende Einbindung von Umweltschutzorganisationen stärken den Umweltschutz sowie Qualität und Akzeptanz von Projekten. Die Einführung eines Beteiligungsfonds für Gutachten und Umweltschutzorganisationen stellt sicher, dass ausreichend

¹ Die genannten Erfolgsfaktoren sind das Ergebnis einer umfassenden qualitativen Studie von ÖKOBÜRO in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur im Jahr 2021. Details dazu finden sich hier: https://www.oekobuero.at/files/704/broschure_umweltverfahren_wirksam_gestalten_digital.pdf

unabhängige Sachverständige verfügbar sind und Umweltschutzorganisationen den finanziell meist überlegenen Projektwerbenden auf Augenhöhe begegnen können.

- **Vorgelagerte Strategische Umweltprüfungen (SUP) nützen und dafür das rechtlich überholte „Vereinfachte UVP-Verfahren“ abschaffen.** Rechtlich verbindliche SUPs würden vor allem die darauffolgenden UVP-Verfahren entlasten.
- **Auswirkungen auf Bodenverbrauch und Klima müssen zentraler Bestandteil der Prüfung sein.** Denn Verschlechterungen in diesen Bereichen wirken sich unmittelbar auf Natur und Biodiversität aus.

Herausforderungen

Ein Thema der politischen Debatte ist die kolportierte Dauer des Verfahrens von durchschnittlich 13,5 Monaten. Dabei ist zu bedenken, dass fast 50 % der Zeit für die Vervollständigung von Unterlagen benötigt wird. In dieser ersten Phase haben weder Bürgerinitiativen noch Umweltschutzorganisationen Beteiligungsmöglichkeiten. Die Gründe für die Verzögerung sind in der Praxis mitunter **Fehlplanungen** bzw. die **unvollständigen Unterlagen der Projektwerbenden**, welche die UVP-Verfahren im Schnitt um mehr als ein **halbes Jahr verzögern**.² Bis zur Ausstellung eines Bescheides durch die Behörde dauert es damit in UVP-Verfahren im Schnitt 13,5 Monate.³

Liegen die Unterlagen komplett vor, erfolgt die öffentliche Auflage. **Erst ab diesem Moment haben Umweltschutzorganisationen, Nachbar:innen und Bürgerinitiativen Beteiligungsrechte und das eigentliche Verfahren beginnt.** Nach der öffentlichen Auflage sind die Verfahren im Durchschnitt in **sieben Monaten** abgeschlossen.⁴

Verfahrensdauer in Monaten⁵ (Zeitraum 2009-2020):⁶

	Durchschnitt	Minimum	Maximum
Antrag bis Bescheid/öffentliche Auflage bis Bescheid	15,2 / 7,2 Monate	11,4 / 5,5 Monate	25,4 / 15,9 Monate

² Rehm, Erfahrungen von NGOs mit Öffentlichkeitsbeteiligung in Österreich, S. 58. Am Beispiel der Umweltverträglichkeitsprüfung. In: Schulev-Steindl/Schnedl/Weichsel-Goby (Hg.), Partizipation in Umweltrecht. Gegenwart und Zukunft, Böhlau Verlag, 2019.

³ <https://www.umweltbundesamt.at/uvpsup/verfahrensmonitoring/vm-dauer/qv-dauer>

⁴ 7. UVP-Bericht 2018, S. 26

⁵ Dauer bis zum erstinstanzlichen Bescheid

⁶ UVP-Bericht 2022

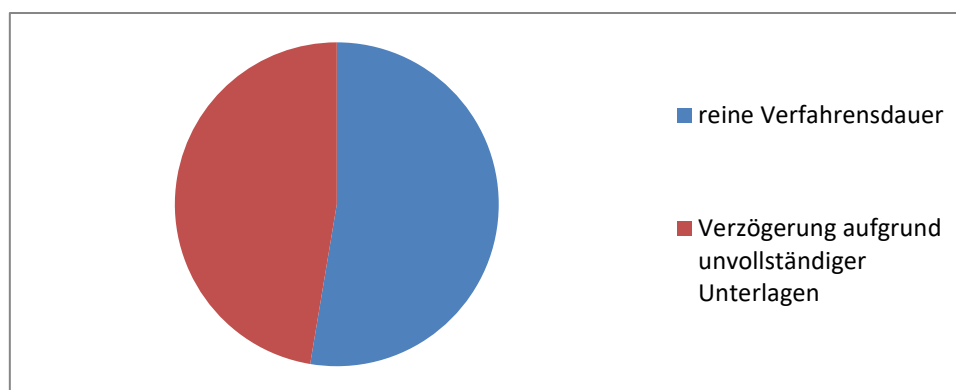


Abbildung 1: Knapp die Hälfte der Verfahrensdauer ist auf Verzögerungen durch unvollständige Projektunterlagen zurückzuführen, also noch bevor die Öffentlichkeit überhaupt am Verfahren beteiligt wird.

Schwerpunkt Erneuerbare Energien

Auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, der neben dem deutlichen Senken des viel zu hohen Energieverbrauchs wesentlich für den Klimaschutz ist, stellen sich die oben genannten Herausforderungen. **Windkraftanlagen können im Regelfall relativ rasch** umgesetzt werden (siehe Tabelle unten). Die Wasserkraft ist von allen Erneuerbaren-Technologien in Österreich bereits am stärksten ausgebaut (über 5.200 Kraftwerke gibt es bereits) und daher dringt die Energiebranche zunehmend stärker in besonders sensible Gebiete vor⁷, was einen besonders hohen Prüfaufwand erfordert. Besonders negativ auf Verfahrensdauern wirkt sich hier die **mangelnde Qualität und Vollständigkeit der eingebrachten Projektunterlagen** aus, wie mehrere Fallbeispiele belegen. So vergingen im Fall des geplanten Pumpspeicherkraftwerks Limberg III 79 Monate bis zur Vollständigkeit der Unterlagen. **In dieser Phase gibt es jedoch noch gar keine Möglichkeit der Öffentlichkeitsbeteiligung und läuft auch das Verfahren mit den verschiedenen Prüfschritten noch nicht.** Selbiges gilt für das laufende Wasserkraft-Projekt Kaunertal, welches seit 2012 mit der Vervollständigung und Verbesserung der Projektunterlagen beschäftigt ist. Das Kraftwerk Imst-Haiming wartet seit 2015 auf vollständige Projektunterlagen. Im Fall des Speicherkraftwerks Kühtai dauerte die erste Verbesserungsphase aufgrund mehrmaliger Umplanungen ebenfalls über 6 Jahre, weitere Nachbesserungen dauerten 1,5 Jahre. Die Behörde selbst war mit 9 Monaten (Gutachten) und 3 Monaten (Bescheid nach Abschluss der Ermittlungen) angemessen zügig. Auch die Umweltschutzorganisationen waren aufgrund kurzer Fristen (4-6 Wochen) vergleichsweise kurz eingebunden.

⁷ Nur noch 14 Prozent der heimischen Gewässer sind in einem sehr guten ökologischen Zustand, 60 Prozent sind gemäß Wasserrahmenrichtlinie sanierungsbedürftig. Siehe <https://info.bmlrt.gv.at/themen/wasser/wasser-oesterreich/zahlen/Zustand.html>

Dauer der UVP-Verfahren⁸ (Zeitraum 2011-2021):

Anzahl/Projekttyp	Verfahrensdauer in Monaten (Antrag bis Bescheid/öffentliche Auflage bis Bescheid)		
	Durchschnitt	Minimum	Maximum
81 Windkraft	13 / 6,8 Monate	5,8 / 3 Monate	28,4 / 16,1 Monate
3 Starkstromfreileitung	18,2 / 13,8 Monate	10 / 6,9 Monate	26,9 / 21,2 Monate
14 Wasserkraft	43,4 / 24,4 Monate	28,7 / 14,3 Monate	91 / 79,6 Monate

Diese Fallbeispiele verdeutlichen, dass die größten Verfahrensbremsen dadurch gelockert werden können, indem die **Projektwerbenden von Beginn an vollständige Unterlagen vorlegen und die Behörden mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden**. Darüber hinaus braucht es auf einer übergeordneten Ebene einen besseren Rahmen für eine konsequent naturverträgliche Energiewende - das heißt insbesondere: Fokus auf die Senkung des viel zu hohen Energie- und Ressourcenverbrauchs, Förderung des Ausbaus aller Erneuerbaren-Technologien auf Basis von Naturschutz-Kriterien, eine ambitionierte öko-soziale Steuerreform mit einem klimagerechten CO₂-Preis und einem lenkenden Öko-Bonus und ein sofortiger Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen.

Weitere Gründe der Verfahrensverzögerung

Nach Ansicht des österreichischen Rechnungshofes verzögert neben der Vervollständigung von Projektunterlagen vor allem die **komplexe Struktur der sogenannten teilkonzentrierten UVP-Verfahren** deren Abschluss.⁹ Bei diesen müssen mehrere Behörden zusammenarbeiten. Dieser Prozess ist weiter erschwert durch die **laufende Veränderung der Gesetzeslage und Rechtsprechung**. Darüber hinaus haben folgende Aspekte Einfluss auf die reine Verfahrensdauer:

⁸ Dauer bis zum erstinstanzlichen Bescheid. Auswertung UVP Datenbank des Umweltbundesamts durch ÖKOBÜRO.

⁹ http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2012/berichte/teilberichte/wien/Wien_2012_05/Wien_2012_05_1.pdf

- **die Anzahl der Beteiligten und deren eingebrachten Einwendungen**, insb. Zeitpunkt der Einbindung der Öffentlichkeit (frühzeitige Öffentlichkeitseinbindung gilt als wesentlicher Erfolgsfaktor¹⁰)
- **die Dauer der Arbeit der Sachverständigen**: Beschränkte Ressourcen führen zu einem Mangel an Sachverständigen für bestimmte Fachbereiche. Zudem erfordern Verfahrensverzögerungen und sich verändernde Datengrundlagen bzw. Technische Richtlinien Anpassungen der fachlichen Beurteilungen durch die Sachverständigen.
- **allfällige Änderungen des Projekts durch die Projektwerbenden** während des laufenden Genehmigungsverfahrens erfordern oft neue und umfangreiche Erhebungen
- **Ressourcen, Engagement und Kompetenzen der Behörde in Verfahrensführung**: UVPs sind sehr große und komplexe Verfahren an denen zahlreiche Parteien beteiligt sein können. Angesichts der beschränkten personellen und auch methodischen Ressourcen zur Verfahrens- und Verhandlungsführung bei den UVP-Behörden kann es zu Effizienz- und Effektivitätsverlusten kommen, welche die Verfahrensdauer beeinflussen.
- **Fehlende rechtlich verbindliche strategische Umweltprüfungen (SUP)**, welche spätere UVP-Verfahren entlasten. Das betrifft vor allem **Defizite in der Energie- und Raumplanung**.
- **Fehlender politischer Rahmen für eine naturverträgliche Energiewende**: Das hat Auswirkungen auf Planungs- und Projektebene, wo Naturverträglichkeit als integraler Bestandteil der Energiewende nicht immer selbstverständlich ist.
- **Überholte Materiengesetze und mangelnde Berücksichtigung europarechtlicher Richtlinien, insbesondere im Gewässer- und Artenschutz**.

Weiterführende Links

[ÖKOBÜRO Positionspapier zur Verbesserung der UVP \(2021\)](#)

[Broschüre Nutzen von Umweltverfahren \(2021\)](#)

[ÖKOBÜRO Fragen und Antworten zur UVP \(2018\)](#)

[Weitere Informationen zur UVP auf der ÖKOBÜRO-Website](#)

¹⁰ ÖKOBÜRO führte dazu eine umfassende qualitative Studie durch:
https://www.oekobuero.at/files/704/broschure_umweltverfahren_wirksam_gestalten_digital.pdf